

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50**, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **M. 1,60**. Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfg.**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr** Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 270.

Freitag den 17. November 1899.

6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Konfliktluft.

H. E. Der soeben wieder zusammengetretene Reichstag ist mit einer solchen Menge von Arbeiten besetzt, daß er entweder bis tief in den Sommer hinein tagen oder eine Reihe von Vorlagen unerledigt lassen muß: Postgesetz, Fernsprechnovelle, Gewerbenovelle, Fleischschaugesetz, Justizvorlagen, Seemannsordnung, Unfallversicherungsnovelle, Unfallfürsorge für Gefangene, Weingeseznovelle, Reichsfeuchengesetz, Schutz des Urheberrechts. Dazu kommen die Initiativanträge und Petitionen, der ganze Reichshaushaltsetat und schließlich die Zuchthausvorlage und die Flottenvorlage. Das ist viel verlangt von einem läsenlosen Parlament und die Besetzung wird manchmal wieder eine recht spärliche sein. Die Replikanten werden die Gelegenheit wahrnehmen und den Reichstag als eine träge Körperschaft hinstellen, zum Nutzen und Vergnügen jener Leute, die am liebsten gar keine Volksvertretung oder wenigstens eine durch Klassenwahl gewählte hätten.

Der Reichstag hat diesmal eminent wichtige Entscheidungen zu treffen — er hat über die Zuchthausvorlage und die Flottenvermehrung zu entscheiden. Wenn er diese beiden Vorlagen oder nur eine derselben annimmt, so wird das Vertrauen des Volkes zu dieser Körperschaft, das so schon sehr erschüttert ist, vollkommen dahin-schwimmen. Man wird dann im Reichstage nur noch eine Bewilligungsmaschine sehen. Das Volk in seiner Masse erwartet von seiner Vertretung gerade, daß sie nicht allen Anforderungen der Regierung nachgibt und daß sie namentlich die schon so schwer belasteten mittleren und „niederen“ Erwerbsklassen vor neuen Belastungen schütze. Bisher ist aber das Gegenteil von alledem geschehen; man hat nicht nur alle Forderungen der Regierung bewilligt, sondern es besteht auch die sehr begründete Befürchtung, daß der Reichstag die vierthalb-tausend Millionen, die der neue Flottenplan erfordert, un-gesämälert bewilligen werde.

Die Parteien, bei denen die Entscheidung liegt, geben vor, aus „Patriotismus“ zu handeln, wenn sie die For-derungen der Regierung erfüllen. Wir geben keinen Pfiffer-ling auf diese Sorte von „Patriotismus“! er ist ein voll-kommen erheuchelter. Denn man hofft — und mag man es noch so oft ableugnen — auf Belohnungen für die Gefälligen, die man der Regierung erweist, und sodann hat man auch Furcht vor einem ersten Konflikt.

Die Regierung hat dem gegenüber eine recht günstige Position. Die Belohnungen behält sie als letzte Trümpe vorläufig in der Tasche und zwingt dem Reichstag durch dieselben so viel ab, als nur möglich. Man arbeitet da nach berühmten Mustern. Bismarck hielt dem guten Herrn von Bennigsen vor zwanzig Jahre lang ein Ministerportefeuille vor die Nase, und Bennigsen that dem „genialen Staatsmann“ wahrlich Gefälligkeiten genug. Dennoch ist Herr von Bennigsen aus dem politischen Leben geschieden, ohne Minister gewesen zu sein, ein Ziel, von dem er sicherlich noch zu den Zeiten des famosen Kartells geträumt hat. Die Zentrums-Staatsmännchen werden nicht besser fahren. Die Regierung hält mit ihren „Kompensationen“ zurück, und wenn dieselben viel-leicht einmal gewährt werden, dann muß das Zentrum so viele Opfer dafür bringen, daß sein schon so stark ge-fährdeter politischer Kredit vollkommen vernichtet ist.

Die Furcht vor dem Konflikt entspringt der inneren Zersplittertheit und Haltlosigkeit der bürgerlichen Parteien. Die Scharfmacher, welche die Schwäche der bürgerlichen Parteien kennen, drängen sehr auf diesen Konflikt und lähen ihn lieber heute als morgen; sie hoffen, daß von seinem Strudel allgemeines Wahlrecht und Koalitions-recht und der gesamte Rest unserer Volksrechte über-haupt verschlungen werden. Die Regierung, welche die Furcht der Mittelparteien vor einem Konflikt gleichfalls sehr wohl kennt, spannt darum ihre Forderungen immer höher. Wenn die schwächliche Haltung des Zentrums die Regierung nicht so sehr ermutigt hätte, so würde sie es sicherlich nicht gewagt haben, dem Reichstage mit einem Machwerk, wie die bekannte famose Denkschrift zur Zuchthausvorlage, zu kommen. Aber sie kennt eben ihre Pappenheimer. Trotz der löblichen Worte des Herrn L i e b e r ist es nunmehr als ziemlich sicher anzunehmen, daß die Zuchthausvorlage an eine Kommission verwiesen wird. Was dann herauskommt — wer mag es wissen?

Wir wollen nur hoffen, daß die Entrüstung der katholischen Arbeiter dann hoch genug überschäumt, um die Zentrums-mannen vor einem vollkommenen „Umfall“ zu bewahren.

Warum fürchtet man den Konflikt so sehr? Er muß ja doch einmal kommen, denn selbst wenn der Flotten-plan bewilligt wird, dann sind wir noch nicht so weit, daß wir mit neuen Forderungen verschont werden. Zu-nächst wird man bald wieder mit einem anderen Flotten-plan kommen; sodann aber bringt die Weltpolitik auch noch weitere Bedürfnisse mit sich. Kiautschou z. B. er-fordert jetzt schon jährlich gegen zehn Millionen Reichs-zuschuß; die anderen Kolonien erfordern immer mehr; man wird Millionen über Millionen für Eisenbahnen in Afrika verlangen und was sonst noch zum „Ausbau“ der Kolonien dient. Das Landheer wird auch gelegentlich wieder einmal verstärkt werden sollen und zu dem Allem wollen die Herren Lieber und Genossen Ja sagen, um einen Konflikt zu vermeiden? Nun, vielleicht verweigern sie auch einmal etwas und lassen den Reichstag auflösen, um dann nach der Neuwahl mit leichteren Herzen an den „Kuhhandel“ gehen zu können.

Es kann also ein großer Konflikt auf die Dauer nicht ausbleiben, und wenn auch die parlamentarischen Ver-treter der herrschenden Klassen immer und immer wieder nachgeben, dann wird es ein Konflikt zwischen der Regierung und dem Volke werden.

Das deutsche Volk ist bekanntlich sehr geduldig, aber es fängt längst schon an, ungeduldig zu werden, wenn ihm auf der einen Seite so schwere neue Lasten zuge-mutet werden, während andererseits unaufhörlich an seinen spärlichen Rechten gerüttelt wird. Man kann kein Ende absehen bei der gegenwärtigen inneren und äußeren Politik; man weiß nicht, wohin gesteuert wird. Man sieht nur das Bestreben, aus Deutschland eine Seemacht ersten Ranges zu machen, und das Bestreben muß scheitern, denn die anderen Seemächte haben doch schon mehr als einmal höhnisch erklärt, sie würden sich von Deutschland nicht einholen und noch weniger überholen lassen.

Ja, der Konflikt wird kommen und es wäre über-flüssig, sich heute den Kopf darüber zu zerbrechen, welche Form er annehmen wird. Die Reaktionen thun ja Alles, um ihn herbeizuführen. Herr Miquel hat vor Kurzem so ziemlich alle Parteien gegen sich gehabt, und an diesem Vorpiel zeigt sich, was später einer Regierung passieren kann und passieren wird — sie wird einmal das ganze Volk gegen sich haben. Dagegen kann keine Regie-rung sich halten, gleichviel ob nun ein „schneidiger General“ oder ein bürgerlicher Kanzler an der Spitze steht, und dann muß eben das Regierungssystem geändert, mehr den Bedürfnissen der Zeit angepaßt werden.

Die Scharfmacher und Junter haben zur Zeit Ober-wasser, allein das wird auch nicht so bleiben und die Zeit, wo auch von ihnen gesagt werden kann: „Es gelingt nichts mehr!“ dürfte nicht allzulfern sein.

Mag die Mehrheit des Reichstages ihren reaktionären Anwendungen und Schwächen erliegen oder nicht — die Sozialdemokratie wird, ihren Traditionen getreu, den Widerstand gegen das jetzige System, gegen die Weltpolitik, gegen die Entrechtungs-politik und gegen die Klassenherrschaft überhaupt weiter fortführen, unbestimmt, welche Folgen daraus entstehen. Sie theilt nicht die schwächlichen Bedenken der bürgerlichen Parteien; für sie ist die Verteidigung der Rechte des Volkes in diesem Kampfe das oberste Gebot. Und sie wird dabei beharren, auch wenn sie ganz allein bleibt. Das weiß das arbeitende Volk und darum werden alle Verlästerungen der Feinde ihr das Vertrauen des Volkes nicht rauben können.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die amtliche Agitation für die Flottenvorlage wird wieder mit Vollkraft betrieben werden. Nach einer Mel-dung aus München weißt dort zur Zeit Fregatten-Kapitän v. Heeringen, um mit maßgebenden Stellen Füh- lung betreffend eine weitere Aktion in der Flottenfrage zu nehmen. Am Sonnabend hatte er längere Unter-redungen mit dem Ministerpräsidenten v. Crailsheim und dem Finanzminister von Mielde, gestern hatte er eine Audienz beim Regenten. Herr v. Heeringen ist der Chef der Nachrichten-Abtheilung im Reichs-Marineamt, der

auch bei der letzten Flottenvorlage die amtliche Propa-gande erfolgreich geleitet hat.

Die Beweisführung der Zuchthausvorlage. Zum Beweise für die Nothwendigkeit der Knebelung der Ar-beiterbewegung beruft sich die Zuchthausvorlage u. A. auch auf die Zahl der Verurtheilungen wegen einfacher Körperverletzung, Nötigung und Bedrohung und Haus-friedensbruch. Man kann zwar mit gutem Rechte sagen, daß auch nicht die Spur eines Nachweises dafür erbracht worden ist, daß die Vermehrung dieser Delikte hervor-gerufen sei durch die Kämpfe der Arbeiter. Man kann es als eine Leichtfertigkeit bezeichnen, ohne den Ver-such eines näheren Nachweises zu behaupten, an der Ver-mehrung der Körperverletzungen, der Hausfriedensbrüche — warum nicht auch irgend eines anderen Delikts? — seien die streikenden Arbeiter schuld. Dann stände Be-hauptung gegen Behauptung und nach dem Grundsatz, daß dem Anschuldiger die Beweislast obliegt, könnte man sich daran genügen lassen.

Der „Vorwärts“ ist indeß in der Lage, bei den hier in Rede stehenden Straftaten zahlenmäßig nachzuweisen, daß der etwaige Zusammenhang zwischen Arbeiter-bewegung und Kriminalität gerade das umgekehrte Bild dessen zeigt, was die Zuchthausvorlage der Öffentlichkeit vorpiegelt. Wegen Hausfriedensbruchs, einfacher Körper-verletzung, Nötigung und Bedrohung wurden im Jahre 1896 rechtskräftig verurtheilt auf 100 000 strafmündige Zivilpersonen im ganzen Reiche 161, in Preußen 188. Sozialdemokratische Stimmen wurden abgegeben auf 10 000 eingeschriebene Wähler im Reiche 1841, in Preußen 1647. Schon in dieser groben Eintheilung deutet sich das Verhältnis an, das dann bei Betrachtung einzelner Landestheile ganz klar hervortritt. Ganz ebenso wie bei den Rohheitsverbrechen ist es auch hier: wo die Junter herrschen, da ist die höchste Kriminalitätsziffer zu finden; wo eine starke Arbeiterbewegung herrscht, da sinkt die Kriminalität unter den Durchschnitt. Die Provinzen Pommern, Posen, Schlesien, Westpreußen, Ostpreußen haben in dieser Reihenfolge Kriminalitätsziffern von 207 aufsteigend bis zu 264. Brandenburg, Hannover, West-falen, Hessen-Nassau, Schleswig absteigend von 180 bis 127. Und in der sozialistischen Stimmabgabe stehen die erstgenannten Landestheile bekanntlich weit unter dem Durchschnitt des Landes und die letztgenannten, mit Aus-nahme Westfalens, erheblich über dem Durchschnitt. Man blicke auf Sachsen: Kriminalität 60, sozialistische Stimmabgabe 3639; Thüringische Staaten: Krimi-nalität 102, sozialistische Stimmabgabe 3071; Nord-deutsche Staaten: Kriminalität 137, sozialistische Stim-mabgabe 3137. Man vergleiche diese Zahlen mit Ost-preußen, das eine sozialistische Stimmabgabe von 1175 zeigt, und mit Westpreußen, das 380 sozialistische Stim-men auf 10 000 aufweist. Noch drastischer wird das Verhältnis, wenn man den Hausfriedensbruch ausschleidet — was man mit demselben Rechte thun kann, wie ihn die Zuchthausvorlage beweistlos gegen die organisierten Arbeiter ins Feld führt — und nur einfache Körperver-letzung, Nötigung und Bedrohung berücksichtigt. Dann zeigt Sachsen 22, Thüringen und Norddeutschland je 63, Posen, Schlesien, Ost- und Westpreußen aber 165 bis 176.

Mit Zug und Recht kann man sagen: Es ist eine dreifache Irreführung der öffentlichen Meinung, aus den Zahlen der Kriminalstatistik beweisen zu wollen, daß die organisierten Arbeiter in besonders starkem Maße die Ge-seze verletzen und deshalb unter besonders strenge Gesetze, unter Ausnahmegeetze gestellt werden müßten.

Ein kolossal einfaches Mittel zur Lösung der Flotten-frage hat Graf Reichenbach in einem Eingekandt der „Kreuztg.“ empfohlen. In der Flottenfrage sei der Kaiser der beste Sachverständige. „Deutsch-land ist also wohl berathen, wenn sein Reichstag der Regierung die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellt, ohne durch breite Besprechung des Flotten-planes in Kommission, Plenum und Presse diesen zur Kenntniß des gesammten Auslandes zu bringen.“ — Kostenpunkt Nebensache, Kostendeckung durch Pump im Wege einer 3prozentigen Verzinsung und 1prozentiger Amortisation. A propos: warum haben sich denn die Freunde der „Kreuztg.“ nicht bei der Kanalvor-lage auf den Standpunkt gestellt, den jetzt Graf Reichen-bach vertritt? Die Kanalvorlage gehörte doch auch zu den „Vorlagen des Kaisers!“

Der Parteitag der Freisinnigen Vereinigung, der als „Generalversammlung des Wahlvereins der Liberalen“ in Berlin zusammen war, hat sich, wie das bei denen von Barth und Rickert selbstverständlich ist, für die Flottenpläne ausgesprochen. Es sprachen der Landtagsabgeordnete Gothein, die Abgeordneten Rickert, Barth, Koesicke, Dr. Siemens zu Gunsten der Flottenverfärbung, und der Abg. Hoffmeister warnte vor zu schneller Zustimmung. Abg. Rickert, der ewig — Naive, sagte, es diene ihm zur Beruhigung, daß Graf Bülow mit dem Admiral Tirpitz gemeinsam die Vorlage vertrete! Schließlich wurde eine Resolution, die „von den liberalen Abgeordneten eine unbefangene, die steigende Bedeutung unserer überseeischen Interessen berücksichtigende Prüfung der angefügten Flottenvorlage“ erwartet, angenommen. Man wird also für die Vorlage stimmen.

Die Krupp-Schweiburg'sche Schraube ohne Ende. Die Firma Krupp und die andern Flottenlieferanten machen, wie die „Vormärts“ bemerkt, Geschäfte nicht nur durch die Vermehrung der deutschen Flotte, sondern auch durch die dadurch weiter hervorgerufene Vermehrung der Flotten anderer Staaten. Die russische Regierung hat schon Ende vorigen Jahres mit dem Stettiner Vulkan sowie mit der Firma Krupp Verhandlungen angeknüpft. Es sollen in Rußland von den genannten Firmen Privatwerken angelegt werden. Die russische Regierung garantiert den deutschen Anlagen „für die erste Zeit“ den bescheidenen Reingewinn von 27 Mill. Rubel jährlich. Eine solche Summe zieht! Während so Deutschland Rußland in den Stand setzt, seine Flotte in raschem Tempo zu vervielfachen, hat es Amerika den besten Panzerschutz seiner Schiffe verschafft. Krupp liefert für die amerikanische Flotte Panzer, welche bei derselben Widerstandsfähigkeit einer stärkeren Platte das Gewicht des Panzers um etwa 300 Tonnen pro Schiff vermindern können. Augenblicklich verfährt Amerika 3 neue Schlachtschiffe und 4 Monitors dank dem Entgegenkommen Krupps mit diesen deutschen Panzern. — Von Herrn Schweiburg wird also nächstens darauf hingewiesen werden, wie nötig es für das Deutsche Reich ist, „alte Kasten“ durch neue zu ersetzen!

Wie's trifft. Nirgends ist die Zweipältigkeit der Meinungen über die Buchhausvorlage so groß wie bei den Nationalliberalen. Das Provinzialkomitee der Nationalliberalen Hannover hat sich am Sonntag in Hannover für die Buchhausvorlage erklärt. Zwar hat es gleichwohl der Heuchelei einen Tribut zollen und der Koalitionsfreiheit eine Reverenz erweisen müssen. Man beschloß nämlich folgende Resolution: Das Provinzialwahlkomitee erkennt den Zweck des Gesetzesurtheils über den Schutz der gewerblichen Arbeitsverhältnisse — eine mißbräuchliche Ausartung der Koalitionsfreiheit in einen das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen vernichtenden Koalitionszwang zu hindern, als berechtigt an, spricht aber dabei die Erwartung aus, daß die nationalliberale Fraktion bei den bevorstehenden Verhandlungen des Reichstages dahin wirkt, daß Bestimmungen beseitigt werden, welche eine Betätigung des Koalitionsrechts auch in den gesetzlich anerkannten Grenzen erschweren oder verhindern. — Vor solchen faulen Freunden des Koalitionsrechts bedankt sich die deutsche Arbeiterschaft.

Praktische Sozialpolitik in Bayern. Offizielle bayerische Zeitungen melden: Nachdem bei einer unlängst im Ministerium des Innern abgehaltenen Besprechung mit den beteiligten Kreisen Einverständnis darüber erzielt worden ist, daß zur Verminderung der Unfallgefahr bei Bantzen die polizeiliche Baukontrolle durch Beiziehung von befähigten Aufsichtsorganen aus dem Arbeiterstande zu verstärken sei, werden über die hiernach zu treffenden Maßnahmen im Ministerium des Innern eingehende Erörterungen gepflogen, die demnächst zum Abschluß gelangen dürften. — Die bayerische Regierung scheint demnach doch noch Zeit übrig zu haben, praktische Sozialpolitik zu treiben; in der Zeit des Buchhaussturzes etwas ganz Ungewöhnliches!

Kleine politische Nachrichten. Der Reichshaushaltetat wird dem Reichstage Anfang nächster Woche zugehen. — Die Reichstagskommission für das Fleischschaugesetz wird am 30. November ihre Arbeit fortsetzen. — Bestimmungen über die Ausnahmen von Verböten für die Sonntagsarbeit im Gewerbebetriebe sind dem Reichstage zugegangen. — Die bekannte Aenderung des Stenogramms des Präsidenten im Juli wird im Plenum des Reichstages nicht zur Verhandlung gelangen, nachdem im Senatskonvent der Präsident erklärt hat, er trage den Punkt gegenüber der Verantwortung für den Fall. Eine Aenderung von außen her sei nicht erfolgt. Die ungesetzliche Korrektur sei durch die Initiative des Senats erfolgt, und habe er, der Präsident, in Folge seiner Abreise nicht die Hingebende seiner Aeußerungen kontrollieren können. — Die im Landwehr-Dienstgebäude in der General-Pape-Strasse zu Schöneberg bei Berlin einquartierten Unteroffiziere der Landwehr-Infanterie in Berlin erhielten am Montag Abend Einweisung zum Abenden. Nicht lange nach dem Essen trafen sich bei den Unteroffizieren heftige, teilweise krankheitsgefährliche Eide bei der Berliner Eitelupolizei erhalten. — Die „Kriegs“ bestätigt, daß der Sohn des Abgeordneten A. Weiss, Leutnant v. Weiss, im Hinterlande von Kamerun angekommen ist. Er gehörte früher dem Dragoner-Regiment Prinz Albert von Sachsen (Nr. 10) an und war im September vorigen Jahres mit Herrn von Knappe ausgesandt, um sich nach dem Stande der Kolonialpolitik zu beschäftigen. Vor etwa sechs Wochen wurde ihm die Leitung der Station No. 20 über-

tragen. — Der heftige Landwirthschaftsrath hat sich an die Eisenbahndirektion um Fahrpreiserhöhung bei der Rückführung landwirthschaftlicher Wanderarbeiter gewendet. Das Gesuch wurde indessen abschlägig beschieden. — In der Nähe der Kapelle an der Miel zwischen Gouda und Rotterdam stießen Mittwoch Vormittag wahrscheinlich in Folge des dichten Nebels zwei Eisenbahzüge zusammen. 5 Personen wurden getödtet und 29 verletzt, davon 15 tödtlich. Das Unglück entstand dadurch, daß der die Post von London mitführende Zug, von Wiffingen kommend, in voller Fahrt dem zweiten Zuge in die Flanke fuhr. Dem Vernehmen nach ist von den Passagieren des Postzuges niemand getödtet oder verletzt. — Nach einer Arbeitslosenversammlung in Budapest verließen mehrere hundert Theilnehmer Straßengänge zu veranstalten, sie wurden aber von der Polizei zerstreut, die eine Verhaftung vornahm. — Nach den letzten aus Barcelona eingetroffenen Meldungen hat sich die Lage dort verschlimmert. Die Steuerpflichtigen weigern sich, die Steuern zu zahlen. Die Läden sind wiederum geschlossen. — Eine südländische Bauerndeputation aus Savas hat beim Generalgouverneur in Helsinki protestirt gegen die Suspension zweier finnändischer Zeitungen. Der Generalgouverneur hat ihr erwidert, daß nicht er dafür verantwortlich sei, sondern die Redaktionen durch ihr Verhalten. — In Kiantschou sind nach dem „Nasat Lloyd“ in den letzten Monaten eine große Anzahl neuer Brunnen gegraben worden. Manche von ihnen liefern ein Wasser, das einen eigenthümlichen Nebengeschmack hat. Diefen werden die beinahe zu zwei Dritteln bei der Bevölkerung auftretenden Darmstörungen und Ruhrerkrankheiten zugeschrieben.

Frankreich.

Kammer. (Fortsetzung der Verhandlungen vom Dienstag.) Grandmaison (Rechte) tabelte den Kriegsminister Galliffet, weil er es nicht verstanden habe, das Heer zu vertheidigen, und wendet sich gegen die Maßregeln, welche Galliffet gegen die Generale ergriff. Jevaes (Sozialist) verlangte, die Regierung solle die Nachschafften des Militarismus und Militarismus unterdrücken; er fordert Trennung der Kirche vom Staat, und Stellung der Krankenhäuser unter Laienverwaltung. Ferner solle an die Stelle des gegenwärtigen Heeres ein aus Milizen bestehendes Volksheer treten. (Widerpruch.) Der Nationalist Lafies tabelte lebhaft die gegen verschiedene Offiziere ergriffenen Maßregeln und fügte hinzu, die Offiziere wären sehr im Recht, wenn sie sagten: „Diese Regierung ist die Schande“. (Widerpruch auf mehreren Seiten. Lafies wurde zur Ordnung gerufen.) Lafies fuhr fort: Seit zwei Jahren wird das Heer angegriffen, jedoch nicht vertheidigt. Einer solchen Regierung gegenüber ist Disziplinlosigkeit Pflicht! (Widerpruch von verschiedenen Seiten; die Censur wird über Lafies verhängt.) Kriegsminister Galliffet erhob gegen die Ausführungen Lafies' schärfsten Widerspruch. Er sagte, das Heer habe gar nicht das Recht, zu sprechen. Wiederholter Beifall auf der Linken.) Er bedauere keines seiner Worte und keine seiner Amtshandlungen. Unter Unterbrechungen seitens der Rechten und der Nationalisten rechtfertigte Galliffet die Maßregeln, welche gegen verschiedene Offiziere ergriffen wurden, und sagt, General Roget habe zu viel geredet. (Beifall links.) Was General Regrier betreffe, so habe derselbe vor den Offizieren die Aeußerung gethan, die Regierung lasse Angriffe auf das Heer zu, wenn aber das Maß dieser Angriffe voll wäre, würden Andere die Vertheidigung in die Hand zu nehmen wissen. (Rufe rechts: „Hoch Regrier!“) Er, Galliffet, habe seine Schuldigkeit gethan, als er gegen Regrier vorgeing. (Wiederholter Beifall auf der Linken.) Galliffet schloß seine Ausführungen mit den Worten: „Ich bin für die Manneszucht im Heere verantwortlich, wenn ich auch mit den innersten Gedanken jedes Einzelnen mich nicht zu befassen habe.“ (Wiederholter Beifall links, Lärm auf der Rechten und bei den Nationalisten.) Darauf bestieg Cassagnac die Rednertribüne. Er führte aus, die Begrüßung Dreyfus' sei für das Heer ein Schlag ins Gesicht gewesen. Die Regierung nehme das Heer, welches verleumdet und beleidigt werde, nicht in Schutz. Viviani (Sozialist) äußerte, seine Partei sei bereit, die Regierung zu unterstützen, deren Vorlagen sie als das Minimum ihrer Forderungen acceptirten. Darauf wurde die Sitzung aufgehoben. Nächste Sitzung Donnerstag.

Staatsgerichtshof. Präsident Fallieres brachte die von Guerin eingebrachten Anträge zur Verlesung, in denen dieser verlangte, daß die Verbrechen und Vergehen gegen das gemeine Recht, wegen deren er gleichfalls angeklagt sei, aus den gegenwärtigen Verhandlungen ausgeschlossen werden. Der Advokat Fabre erläuterte jene Anträge und vertrat die Meinung, daß der Senat für Verbrechen und Vergehen gegen das gemeine Recht nicht zuständig sei. Im weiteren Verlaufe der Sitzung bekämpfte der Staatsanwalt diese Anträge. Die öffentliche Sitzung wurde unterbrochen; der Gerichtshof beriet in geheimer Sitzung. Nach Wiederaufnahme der öffentlichen Sitzung verlas Fallieres den Beschluß des Gerichtshofes, der dahin ging, daß über die Anträge Guerin entschieden werden soll, wenn die Sache abgeurtheilt wird. Fallieres verlas ferner die Anträge, wonach diejenigen Senatoren, welche Freimaurer sind, als Richter zurückgewiesen werden sollen. Der Anwalt Caire unterstützte abermals die betr. Anträge in längerer Rede. Die öffentliche Sitzung wurde sodann unterbrochen und der Gerichtshof trat zu einer geheimen Sitzung zusammen. Die Anträge des Anwalts Caire wurden abgewiesen. Fallieres verlas andere Anträge Guerins, in denen verlangt wird, daß die Beweismittel, wie Waffen und Werkzeuge, dem Gerichtshofe vorgelegt werden. Der Staatsanwalt forderte den Vorsitzenden auf, diese Anträge kraft seiner diskretionären Gewalt abzulehnen. Guerin und sein Anwalt unterstützten ihre Anträge. Sodann wurde die Verhandlung auf Donnerstag vertagt.

Der „Temps“ meldet aus Rom, der Papp habe eine Intervention zu Gunsten der Assumpzionisten abgelehnt; man dürfe Politik und

Religion nicht verquicken. Er wolle sich nicht in eine innerpolitische Angelegenheit Frankreichs mischen.

Erordnung französischer Offiziere in China. Admiral Courrejollès telegraphirt aus Kwangtschauwan: Zwei Offiziere von der Station Montas, die sich unvorsichtigerweise an das jenseitige Ufer begeben hatten, seien von Chinesen ermordet worden. Courrejollès nahm den Befehl von Hainan gefangen und bemächtigte sich eines chinesischen Kanonenbootes. Der französische Gesandte in Peking erhielt Befehl, vom Tzungliamen zu verlangen, daß die verantwortlichen Behörden zur Rechenschaft gezogen und die Schuldigen bestraft würden.

Rußland.

Tolstoi über die wirthschaftliche Lage Rußlands. In den Petersburger „Wjedomosti“ veröffentlicht Graf Leo Tolstoi einen umfangreichen Artikel, der die kritische Lage der russischen Landwirthschaft untersucht und zu dem Schlusse kommt, daß für Rußland eine noch nie dagewesene Noth bevorstehe, der die Regierung nur mit der Anlage von großen Getreidevorräthen in den Dörfern zuvorkommen könnte. „Was wird aus Rußland,“ fragt Tolstoi, „wenn ein Hungerjahr, wie es 1891 war, mit noch verheerenderer Wirkung wiederkommen sollte? Man kann nur mit Schrecken daran denken! Was wird aus dem ausgebreiteten zerstückelten Wolgagebiet? Was wird aus Sibirien, dessen Getreide-Export von der Regierung künstlich gefördert wird? Es werden nicht 30, sondern alle 50 Gouvernements hungern und das Hungergebiet wird zehnmal größer sein, als es im Jahre 1891 war.“ Tolstoi fordert von der Regierung energische Maßnahmen, um den Bauernstand vor dem drohenden Untergange zu bewahren.

Philippinen.

Ueber das Gesuch, das am 12. November bei San Jacinto zwischen dem 33. amerikanischen Freiwilligen-Regiment und 1200 Filipinos stattgefunden hat, tabelte General Otis nach Washington: Die Filipinos hatten zwar eine verschanzte Stellung, wurden aber in die Flucht geschlagen. Auf der Seite der Amerikaner wurden 1 Offizier 6 Mann getödtet, 1 Offizier und 11 Mann verwundet. Der Feind ließ 81 Tödtete in den Verschanzungen zurück, man „glaubt“, er habe einen Gesamtverlust von 300 Mann gehabt. — Die Siegesdepeschen der Yantees haben genau so viel Glaubwürdigkeit wie die der Engländer aus Transvaal. Sie sind alle mit großer Vorsicht aufzunehmen.

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz erfährt man nichts weiter, als daß jetzt täglich Schiffe mit Truppennachschüben in Kapstadt eintreffen. Zum großen Theil sollen die Soldaten und namentlich die Pferde durch die überaus stürmische Seefahrt schrecklich mitgenommen sein. Im Uebrigen herrscht große Nachrichten-dürre. Einiges Aufsehen machte in Kapstadt die Ankündigung, daß der Generalpostmeister der Kap-Kolonie bekannt gab, daß alle über die Kap-Kolonie beförderten amtlichen Depeschen zwischen der portugiesischen Regierung und dem Gouverneur von Portugiesisch-Ostafrika zurückgehalten werden.

„Daily Mail“ meldet: In Kapstadt ist eine vollständige Einrichtung für drahtlose Telegraphie, abresirt an eine Geschäftsfirma in Delagoabay, aber offenbar bestimmt für die Transvaalregierung, an Bord eines Schiffes beschlagnahmt worden. Der Verdacht wurde rege in Folge der anfallenden Bemühungen eines bekannten Bureaufreundes, die sofortige Weiterbeförderung der Sendung zu erlangen. Nur durch seinen amtlichen Zusammenhang mit einer europäischen Regierung entging der Bureaufreund der Verhaftung.

Nach Berichten aus Ladysmith begann am 9. November bei Tagesanbruch eine heftige Kanonade. Einige Bureauabteilungen rückten auf 1500 Yards an die britischen Verschanzungen vor. Das Geschützfeuer wurde sodann eingestellt und es begann ein Geschützfeuer. Nach einer heliographischen Depesche aus Ladysmith vom 10. d. M. letzten die Buren die Beschließung fort ohne bemerkenswerthen Verlust oder Schade der Engländer.

Das Kenter'sche Bureau meldet vom 3. d. Mts. aus Bainswaho (Rhodesia): Ein gepanzertes Zug ging bis Mochudi vor, wo er den Brückenübergang beschädigt fand. — Rundschaffter der Bajuto-Polizei berichten, eine Abtheilung Buren hätte geräubt und geplündert, die Telegraphendrähte abgesehen und wäre nach Sofhani gegangen, um sich Wagen zur Fortschaffung der Beute zu verschaffen.

Aus Fort Tuli (Norden Transvaals) berichtet das Kenter'sche Bureau unter demselben Datum, Kapitän Glynn habe gemeldet, daß ein außerordentlich lebhaftes Treiben im Lager der Buren herrsche. Der Telephondraht sei am 2. d. M. abgesehen worden. Ein Rekognoszirungstrupp habe in großer Entfernung heftiges Schießen gehört und sei in das Lager des Obersten Spreckley zurückgekehrt, das um Mittag von den vorrückenden Feinden heftig beschossen wurde; alle Pferde und Maulthiere seien davon gelassen, es wäre aber niemand verwundet worden. Die Streikraft der Buren sei auf 400 Mann geschätzt worden. Eine andere Abtheilung Engländer sei von den Buren umzingelt worden, sei jedoch nach erbittertem Kampfe nach Tuli zurückgekehrt; ein Offizier und fünf Mann wurden vermisst.

Vor Mafeking und Kimberley ist angeblich alles ruhig.

Nathan Marks, dessen Freilassung oder Schonung unter Androhung des Erschießens sechs englischer Offiziere von dem Staatssekretär Transvaals gefordert sein soll, war, wie man der „Edin. Ztg.“ aus London meldet, kurz vor Ausbruch des Krieges als Spion nach englischer, als Detektiv nach britischem Auffassung nach Ladysmith gekommen.

Das Unglück verfolgt die Engländer nicht nur in Südafrika, nein, auch in Mutterlande, wie folgende Meldung aus Liverpool beweist: Eine Feuerbrunn zerstörte Dienstag in den tiefsten Docks eine große Menge Heu, welches nach Südafrika eingeschifft werden sollte. Der Schaden wird auf 5 Millionen Francs geschätzt.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 15. November 1899.

Der Reichstag begann heute bei sehr schwach besetztem Hause — namentlich die Bänke der Nationalliberalen und des Centrum's wiesen klaffende Lücken auf — die zweite Beratung der Novelle zum Postgesetz. Es handelt sich bei dem Theil der Materie, der heute

zur Verathung stand, um eine Umgestaltung des bisher gültigen Zeitungstarifs. Zu den Beschlüssen der Kommission waren zahlreiche Abänderungsanträge eingelaufen. Daß der Verlauf der Verathung irgendwie anregende Momente bot, wird man nicht behaupten wollen, dem trat schon der technisch-detaillierte Charakter des Stoffes hindernd in den Weg, der zu Aufregungen wenig Gelegenheit bot, auch herrschte keineswegs eine kampflustige Stimmung im Hause.

Zunächst verstand unser Fraktionsredner, Abg. Dieß-Hamburg, dem spröden Material Funken zu entlocken. In seiner Rede wies er namentlich auf den korumpirrenden Einfluß jener sogenannten „parteilosen“ oder „unparteilichen“ Presse, der Blätter von dem Schläger der „Generalanzeiger“ hin, welche durch die Unmasse ihrer Inserate — die sie gerade durch ihre entwerrende Fortlosigkeit sich erkaufen — eine Bedeutung gewinnen, die ihnen ihrem inneren Werthe nach wahrhaftig nicht zukommt. Daß diese Blätter fürderhin schärfer getroffen werden, als bisher der Fall gewesen ist, darf unbedingt als großer Fortschritt begrüßt werden.

Zentrum und Konservative fühlten sich bewogen, zur Abwechslung einmal wieder als Hüter der Mittelstandsinteressen aufzutreten. Abg. Dasbach hat in den Verlegern der kleinen Zeitungen ein werthvolles Element des Mittelstandes erbedet, denen er durch die Einführung des Zonentarifs unter die Arme greifen wollte. Der Vorschlag wurde sowohl von Herrn v. Poddbielski, als auch von dem sozialdemokratischen Redner als unannehmbar bezeichnet. In des konservativen Dr. Dertel Brust bekämpften sich wieder einmal zwei Seelen, die mittelständische und die gouvernementale sozusagen; durch einige ganz schlechte Witze suchte er sich über die Verlegenheit hinwegzuhelfen. — Schließlich wurden alle Abänderungsanträge — leider auch der recht verständige des freisinnigen Abg. Dr. Pachnide, den Verlegern die Selbstverpackung zu vergüten — mit meist recht beträchtlichen Majoritäten abgelehnt: nur ein einziger machte eine Ausnahme, nämlich der sozialdemokratische auf Herabsetzung der Zeitungsgebühr von 3 auf 2 Pfennige, der gegen die Stimmen der Mehrzahl der Konservativen angenommen wurde.

Morgen soll mit der Verathung fortgefahren werden. Vorausichtlich wird die Frage der Entschädigung der Privatgesellschaften zu einigermaßen angeregten Debatten Anlaß geben.

101. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr

Am Tische des Bundesrathes: v. Poddbielski.
Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung der Postvorlage.

Artikel I erhöht unter Ziffer 1 das Briefgewicht einfacher Briefe von 15 auf 20 Gramm, ermäßigt unter Ziffer 2 den Reichstaxler, die Ortstage auf den Nachbarortsverkehr auszudehnen und regelt 3. die Zeitungsgebühr anderweitig.

Zu Punkt 3, Zeitungsgebühr beantragt die Kommission: a) drei Pfennige pro Monat, b) 15 Pf. jährlich bei wöchentlich einmaliger oder bei noch seltenerem Erscheinen und ebensowohl für jede weitere Ausgabe in der Woche, endlich c) 10 Pf. jährlich für jedes Kilogramm des Jahrgewichts, jedoch unter Gewährung eines Freigewichts von je 1 Kilogramm jährlich für soviel Ausgaben, wie der Gebühr zu b) unterliegen.

Zu diesen Kommissionsbeschlüssen liegen zahlreiche Anträge vor.
Marcour (Z.): Die kleine Provinzpresse läuft Gefahr, von der großstädtischen Presse unterdrückt zu werden. Diese Gefahr wird durch die Kommissionsbeschlüsse nicht beseitigt, sondern nur durch folgenden von allen Abgeordneten des Zentrums unterstützten Antrag, der die Zeitungsgebühr wie folgt regelt: a) statt 3 auf 2 Pf. für jeden Monat der Bezugszeit; b) für jedes wöchentliche Erscheinen jährlich 12 Pf. in der ersten und 18 Pf. in der zweiten Zone; c) für jedes Kilo Jahrgewicht in der ersten Zone 8 Pf., in der zweiten Zone 12 Pf. Die erste Zone soll 75 Kilometer Umfang vom Erscheinungsort umfassen; auch soll Freigewicht, so wie die Kommission beantragt, gewährt werden.

Staatssekretär v. Poddbielski: Die jetzige Zeitungsgebühr deckt schon seit Jahren die Kosten der Zeitungsbeibringung nicht. Der Antrag Marcour mit seinen 2 statt 3 Pf. würde der Post eine zu stark finanzielle Einbuße bringen. Der Zonentarif bedeutet zweifellos einen Rückschritt; er liefte wieder auf die Einführung des expressen Boten hinaus, den der Reichstag in der ersten Lesung und auch in der Kommission einstimmig verworfen hat. Redner bittet, über die Kommissionsbeschlüsse nicht hinauszugehen; mehr könne die Postverwaltung nicht acceptiren. Die Beschlüsse der Kommission sind durchaus eine Begünstigung der kleinen Provinzpresse.

Horn-Goslar (M.) beantragt, die Zeitungsgebühr wie folgt zu bemessen: a) 12 1/2 Pct. vom Abonnementspreise, b) je 12 Pf. jährlich für jede Ausgabe in der Woche, c) nur 5 Pf. jährlich pro Kilo Jahrgewicht.

Direktor im Reichspostamt Kraetke: Wenn dieser Vorschlag des Abg. Horn auch Mehreinnahmen für die Postverwaltung in Aussicht stellt, so bitte ich ihn doch abzulehnen. Denn das Behalten des Prozenttages vom Preise empfiehlt sich deshalb nicht, weil die Postverwaltung immer in Bezug auf das, was sie an Gebühren erhaltet, vom Verleger abhängig sein würde, wie man auch den Prozenttag bemesse.

Dieß (SD.): Von vielen Interessenten wird ein großes Geschrei über den Zeitungstarif erhoben und dabei hat er viel zu lange auf sich warten lassen. Unsere Partei hat ja selbst wenig Interesse daran, da sie die Abonnementspreise so hoch ansetzt, daß die Kosten für Redaktion, Papier u. dergl. werden. Aber wir haben doch, weil parlamentarische Rücksichten obwalten, daß die Post mehr Leistungen machen muß gegenüber verhältnismäßig geringen Entschädigungen, fleißig und nicht fruchtlos in der Kommission mitgearbeitet. Die Post bekommt von Blättern mit hohem Abonnementspreis für dieselbe Leistung nicht mehr als von Blättern mit niedrigem Abonnementspreis. Für Annoncenblätter mit Schwergewicht und kleinem Abonnement, erhält die Post zur kleinen Provision, für Blätter mit weniger Anzeigen, infolgedessen leichtem Gewicht und hohem Abonnement, hohe Provision. Das sind Dinge, die wir durch die neue Vorlage in Einklang gebracht haben. Redner ist gegen die Anträge Marcour und Horn, tritt aber dafür ein, daß für jeden Monat der Bezugszeit die Ziffer 3 in 2 abgeändert wird, wovon die kleine Presse wesentlich profitirt. Diese hat keinen Grund zu schreien, da nur bei außerordentlich billigen Abonnementspreisen eine Erhöhung der Provision eintritt. Daran ist lediglich der Verleger schuld, der Zeitungen verkauft, um um Geld zu verdienen, die unter dem Namen „Generalanzeiger“ in der Welt herumlaufen, alles mit Glacéhandschuhen ansetzen und in Koffern bei kleinen Leuten ins Haus bringen. Ein Blick auf das

Inseratenwesen zeigt die großen Uebelstände, die in ihm, namentlich durch die Inseratenbureaus herrschen, die eigentlich ein parasitisches Gewerbe bilden. Die großen Inseratenblätter haben sich auf ungeahnte Weise entwickelt und die Post ist gezwungen, die kleinen Inseratenblätter für dieselbe Gebühr zu befördern, wie die rein politischen Zeitungen. Ein Uebelstand ist auch das Zeitungsbestellgeld. Die Reichspost nimmt für Blätter, die monatlich einmal oder weniger erscheinen 60 Pf. Bestellgeld, die wöchentlich 30 Pf. Die Reichspost sollte verpflichtet werden, eine positive Erklärung darüber abzugeben. Ich bitte Sie also, den Kommissionsbeschlüssen anzunehmen, der ein Stück ausgeglichener Gerechtigkeit bildet, mit der Aenderung, daß wir statt 3 Pf. 2 setzen und gemäß dem Antrag Dieß eine Vergütung von 10 Pf. für die Selbstverpackung fordern. Falls dies abgelehnt werden sollte, würde sich eine Entschädigung von 5 Pf. empfehlen.

Dr. Dertel-Sachsen (M.): Wir sind in der Kommission für die Schonung der kleinen und mittleren Presse eingetreten, können aber dem Antrag Marcour nur zustimmen, wenn der Post die Mehreinnahme, die sie nun einmal haben muß, garantiert bleibt. Die Folgen der von der Kommission vorgeschlagenen Erhöhung sind aus übertrieben worden; selbst im Falle des vom Abg. Dieß angelegten Fortfalls der Bestellgebühr kann die kleine und mittlere Presse beruhigt sein. Die Zeitungen werden sicher den Tarif zu einer Preisverhöhung benutzen. Den Anträgen der Abg. Dasbach und Horn können wir nicht zustimmen; über den Antrag Pachnide, für die Selbstverpackung eine Vergütung zu gewähren, haben wir uns noch nicht schlüssig gemacht, werden aber auch wohl hier die Kommissionsentscheidung vorziehen. Ein Reichstag, der es in dieser Frage allen Interessenten recht macht, muß erst noch geboren werden. (Heiterkeit und Beifall rechts.)

Dasbach (Z.) spricht sich gegen den Antrag Horn aus und verweist in der Regierungsvorlage wie in den Kommissionsbeschlüssen das Prinzip des Schutzes des Mittelstandes. Die Hauptsache für seine politischen Freunde sei die Einführung des Zonentarifs. Am besten würde es sein, die Vorlage noch einmal an die Kommission zurückzuverweisen.

Staatssekretär v. Poddbielski: In der Kommission ist Alles sorgsam erwogen worden, von Ueberhaltung kann keine Rede sein. Der Zonentarif, den Abg. Dasbach präsentirt, ist ein unzulässiger Zukunftswechsel. Ebensonenig kann ein Unterschied zwischen politischen und unpolitischen Zeitungen gemacht werden. Der Dasbach verlangt von der Post zu viel Berechtigungen umsonst. Ich bitte Sie daher, den Gedanken an den Zonentarif aufzugeben.

v. Charlinski (Pole) spricht sich gegen den vorgeschlagenen Postzeitungstarif aus, der die kleine polnische Presse stark schädigen werde.

Müller-Sagan (Zp.) erklärt sich gegen den Zonentarif und für die Kommissionsbeschlüsse, befragt dagegen eine Vergütung für die Selbstverpackung.

Graf von Bernstorff (M.) tritt für die unveränderte Annahme der Kommissionsbeschlüsse ein und erklärt den Antrag Marcour für unannehmbar.

Dasbach (Z.): Gegen den Zonentarif ist kein durchschlagender Grund angeführt worden, außer dem einen, daß er nicht genug einbringe. Das läßt sich noch in dritter Lesung durch Aenderung der vorgeschlagenen Sätze ändern. Wir können die Vorlage ruhig an die Kommission zurückverweisen. Die Verhandlung der Sachhandlung wird mindestens 4 bis 5 Tage in Anspruch nehmen. Dann können wir noch sehr gut die Postvorlage in 2. und 3. Lesung erledigen.

Staatssekretär v. Poddbielski hält den Zonentarif für durchführbar, aber für zu kostspielig und unrentabel. Außerdem wird der Anzeigenpreis, die erwiebenermaßen meist in der 1. Zone ihre Verbreitung hat, dadurch wieder das Loch geöffnet. Redner spricht entschieden gegen Rückverweisung der Vorlage an die Kommission.

Dieß (SD.) beantragt in Artikel 1 Z. III unter a statt „3 Pf.“ „2 Pf.“ zu setzen.

Dieß (Zp.) begrüßt es, daß der Antrag Dieß die Rolle aus dem Antrag Marcour herausgenommen habe. Seinen Antrag auf Vergütung für die Selbstverpackung habe er im Interesse der kleinen und mittleren Zeitungen gestellt. Der Vorschlag involvire eine Mindereinnahme von 620 000 Mark, aber was bedeutet diese halbe Million gegenüber dem Ueberfluß von 47 Millionen, den jetzt die Reichspostverwaltung erzielt gegenüber dem neuen Tarif, der ihr noch höhere Einnahmen sichert.

Dr. Pachnide (Zp.) befragt die Herabsetzung der Rückvergütung für Selbstverpackung von 10 Pf. auf 5 Pf. für je 100 Exemplare. Er empfiehlt Rückverweisung der Vorlage an die Kommission. Dem Gedanken des Zonentarifs stehe er nicht völlig ablehnend gegenüber.

Staatssekretär v. Poddbielski: Nach Herabsetzung der Tarife ist die Gewährung einer Entschädigung für die Selbstverpackung nicht mehr möglich. Der Antrag Dieß würde einen Einnahmeausfall von einer halben Million bedeuten. Ich bitte, beide Anträge abzulehnen.

Dasbach (Z.) bittet, die Ziffer 3 des Art. I an die Kommission zurückzuverweisen, um die Frage des Zonentarifs nochmals zu prüfen.

Die Diskussion über Artikel 1 wird geschlossen.
Der Antrag Dasbach auf Zurückverweisung der Ziffer III an die Kommission wird gegen wenige Stimmen des Zentrums, der frei. Vereinigung und der Antisemiten abgelehnt.

Der Antrag Horn, den Abonnementspreis der Berechnung zu Grunde zu legen, wird ebenfalls gegen eine kleine Minderheit Nationalliberaler abgelehnt.

Desgleichen der Antrag Dr. Marcour (M.) auf Einführung des Zonentarifs.

Der Antrag Dieß (SD.): die Zeitungsgebühr von 3 auf 2 Pf. herabzusetzen, wird gegen die Stimmen der Mehrheit beider konservativer Parteien angenommen.

Der Antrag Dasbach (Z.), wonach der Satz, daß bei Feststellung des Jahrgewichts Bruchtheile eines Kilogramms als volles Kilogramm gerechnet werden sollen, gestrichen werden soll, wird angenommen.

Die Anträge Pachnide (Zp.) und Müller-Sagan (Zp.) auf Entschädigung bei Selbstverpackung werden gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten abgelehnt.

Im Uebrigen wird Ziffer 3 des Artikels I nach den Kommissionsbeschlüssen unverändert angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Verathung.)

Schluß 5 1/2 Uhr.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 10. November.

„In Lübeck“ scheint man nun mit dem Bahnhofs-bau wirklich Ernst machen zu wollen. Es ist anzunehmen, daß die Arbeit hinter verschlossenen Thüren, welche unsere Geldbewilligungsorgane in den nächsten Tagen verrichten sollen, dieser Frage gewidmet wird. Auch der Umstand, daß die auswärtigen Börsenblätter schon Details zu erfökern in der Lage waren, deutet darauf hin. So meldet das „Berl. Tagebl.“, daß die Verhandlungen der Lübeck-Büchener Eisenbahn mit dem Reichseisenbahnamt bezüglich des Bahnhofsbaues hierseits zum Abschluß gelangt seien. Der Bau solle 11 Millionen Mk. kosten,

zu denen Lübeck 3 1/2 Millionen beisteuere.“ Im Bürgerausschuß wurde am Mittwoch von der Verlegung des Bahnhofes gesprochen. Es handelt sich also um das Reithausprojekt, wie von vorneherein als feststehend angenommen werden mußte. Die „Lüb. Anz.“ bekräftigt dies, indem sie schreibt, daß über die Ausführungsort des Neubaus die Techniker bereits seit geraumer Zeit einig sind. Es ist begreiflich, daß die um Lübeck schweigen.

Das großindustrielle Lübeck. Der Bürgerausschuß hat dem Senatsantrage zugestimmt, daß die Ländereien des Hufners Spethmann und der Erben des Hufners Klindt in Bornbeck vom Finanzdepartement für insgesamt 160 632,10 Mk. käuflich erworben werden. Auch die Bürgerchaft wird ohne Zweifel diesem Beschlusse beitreten. Das Amtsbüro spricht in einem äußerst fidel und hoffnungsvoll die Zukunft Lübecks betrachtenden Artikel die Erwartung aus, daß sich recht bald Unternehmer finden, die sich auf dem günstig am Wasser und an der Bahn gelegenen Terrain ansetzen. Möglich ist das ja, aber künstlich läßt sich auch keine Großindustrie schaffen. Aus dem Boden kampfes wird man keinen Schöensteinwald. Wahrscheinlich werden die kapitalkräftigen Leute noch ruhig warten, bis sich übersehen läßt, wie sich die Schienen- und Wasserwege Lübecks gestalten und benützen.

Abiaben! Mit dem 1. Januar 1900 werden manche lübsche Einwohner zeitweilig recht tief in den Geldbeutel langen müssen. Dann soll nämlich das Gesetz betr. die Erhebung einer Abgabe von Luftbarkeiten in seiner verschärften Form und das ebenso wie jenes vom 19. Februar 1896 darüber das Hundesteuergesetz in Kraft treten. Alle Pumpen werden in Bewegung gesetzt.

Bismarck muß in Lübeck doch nicht so viel Freunde gehabt haben, als man nach dem grimmigen Lärm annehmen mußte, den bei seinem Ableben im vorigen Jahre die ihm ergebene Presse schlug. Die 1. Zt. eröffnete Sammlung freiwilliger Beiträge hat einen Ertrag ergeben, der kaum für die Vorarbeiten wie Preisanschreiben u. dergleichen sein dürfte.“ So schreibt ein Unterrihtler dem „Hamb. Corr.“

Die Bürgerchaft hält am Montag, den 20. d. M., Vormittags 10 Uhr, eine nichtöffentliche Versammlung ab, in welcher über den Antrag des Senates auf Einsetzung einer Geheimkommission berathen werden soll.

Aus der Heilstätte Oberberg sind, wie man uns mittheilt, am Sonntag, den 12. d. Mts., wiederum einige Duzend Kranke auf eigene Kosten gesücht. Als Grund geben sie den bekannten an: Schlechtes Essen, mangelnde Reinlichkeit und unwürdige Behandlung durch den Inspektor. Wir sind überzeugt, daß auch in diesem Falle der Vorstand die Beschwerden als unbegründet und übertrieben und den Inspektor als das Muster eines tüchtigen Beamten hinstellen wird. Aus den Klagen haben wir folgende hervor: „Am 22. Oktober gab es Gulasch mit Duzenden Haaren, am 2. November Gehacktes, das schon in Verwesung übergegangen war.“ — Da alle wohlgemeinten Vorstellungen an der unerschütterlichen Ueberzeugung des Herrn Gebhard von der sündenlosen Vortrefflichkeit seiner Schöpfung erfolglos abprallen, so bleibt den Krankenkassen nichts weiter übrig, als höflichst für die Erweisung solcher „Wohltthaten“ an ihre Mitglieder zu danken.

Endlich! Dem Medizinalamte sind zur Anschaffung eines Kühlsteinischen Krankentransportwagens mit Gummireifen 2000 Mk. zur Verfügung gestellt worden. Damit ist ein seit langem von vielen Seiten geäußerter Wunsch in Erfüllung gegangen.

Einer Wilderer-Gesellschaft ist der Förster zu Hohenmeile auf die Spur gekommen. Ein Fischhändler aus Dassow soll in die Sache verwickelt sein. Bei Launen entdeckte man drei Stück Rehwild, die durch das Fuhrwerk des Händlers auf den Lübecker Markt hatten gebracht werden sollen. Untersuchung ist eingeleitet.

Erbschiffen hat sich auf einem Kirchhofe vor dem Dammtor in Hamburg der im jugendlichen Alter stehende, aus Lübeck gebürtige Hausknecht W. B. f.

Zur Instandsetzung der Stepenitzbrücke bei Dassow sind der Baudeputation 735 Mk. bewilligt worden.

In das Handelsregister ist eingetragen am 15. November 1899 auf Blatt 187 bei der Firma „Wm. Fehling“: Die Firma ist erloschen. Die Procura des H. W. L. Siemens ist erloschen; auf Blatt 1628 bei der Firma: „Lorenz Bed.“: Die Firma ist erloschen.

Stadttheater. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Am Freitag geht als Novität das Bernsteine Verhältnißspiel „Mädchentraum“ in Scene, das von Berlin aus seinen Siegeszug über die bedeutendsten Bühnen gewonnen hat. Für Sonntagabend ist als „Kasseler-Vorstellung“ zu vollständigen Freisen eine Wiederholung von Schiller's „Maria Stuart“ angelegt und sei erwähnt, daß zu dieser Vorstellung die Balltuge hieriger Theaterkasseler noch eine besondere Preisermäßigung erhalten — Wir weisen darauf hin, daß die zweite Wiederholung der „verkauften Glode“ am Freitag, den 24. d. M., stattfindet.

Neuankünder. Wegen Gefährdung eines Eisenbahntransportes wurden der Stationsassistent S. B. und der Hilfsweichensteller Lange von hier zu 3 bzw. 2 Tagen Gefängniß verurtheilt. Die hiesigen Bahnhofsverhältnisse sind so trostlose und angefaßts des Eisenverkehrs so unzulänglich, daß es Zufall ist, wenn nicht mehr Unfälle sich ereignen. Die Beamten der hiesigen Station stehen immer mit einem Fuß im Gefängniß, sobald ihr Dienst beginnt.

Kiel. Die Denunziationspeft. Wegen angeblicher Majestätsbeleidigung wurde der Arbeiter G. J. Kon, ein Kampfenoffe von 1870/71, auf die Anzeige des Arbeiters Kiepgis hin zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt, obwohl er energisch bestritt, sich des ihm zur Last gelegten Vergehens schuldig gemacht zu haben.

Jheoc. Schuß den Arbeitswilligen. Weil er einen Arbeitswilligen am Arm angefaßt und ihn Streibbrecher genannt hat, wurde der Gerbereiarbeiter Heesch aus Wilster zu einem Monat Gefängnis verurtheilt.

* **Entin.** Personalien. Der Landgerichtsrath Niebour in Oldenburg ist zum Landrichter bei dem Landgericht Lüneburg, der Gerichtsassessor Seering, zur Zeit Hilfsrichter bei dem Amtsgericht Nohlfelden, zum Amtsrichter bei dem Amtsgericht Ahrensböck, der Geheime Justizrath Hemken zu Entin zum Vorsitzenden und der Oberamtsrichter Bang zu Entin zum stellvertretenden Vorsitzenden der im Fürstenthum Lüneburg bestehenden Schiedsgerichte für die Unfallversicherung der bei Bauarbeiten und in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben des Staats beschäftigten Personen, sowie des Schiedsgerichts für das Fürstenthum als Sektion der Schleswig-Holsteinischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft ernannt und der zum Vorsteher der Gemeinde Fledern Ahrensböck wieder gewählte Gemeindevorsteher Christlieb daselbst ist verpflichtet worden.

Lüneburger Stadttheater.

Die verfuntene Glocke, Musikdrama in 5 Aufzügen von Heinrich Büllner. Die neueste Opernschöpfung, mit der uns die Theaterleitung bekannt gemacht hat, und die aller Wahrscheinlichkeit nach ihren Weg noch über die meisten Bühnen Deutschlands nehmen wird: „Die verfuntene Glocke“, ist das Werk eines Komponisten von starker Eigenart, eines Tonkünstlers, der zwar in den Spuren R. Wagner's wandelt und intime Bekanntschaften mit dessen Partituren verräth, trotzdem aber nicht im Geringsten ein Abklatsch des Bayreuther Meisters ist. Büllner geht vielmehr seine eigenen Wege, wenn ihm auch Wagner als Pfadfinder gedient hat, und sein schöpferisches Talent befähigt ihn dazu. Wenn wir uns

augenblicklich recht erinnern, ist es Ludwig Börne, der in irgend einem seiner Pariser Briefe bemerkt: das Herz sei ihm aufgegangen wie eine Semmel in der Buttermilch, als er zum ersten Male die Musik von Weber's „Freischütz“ gehört habe. Nun, dieselben Worte möchten wir gebrauchen, um den Eindruck wieder zu geben, den Büllner's Oper — oder wie vielmehr Büllner sich richtiger ausdrückt: Musikdrama — auf uns gemacht hat. Die melodisch gehaltene, farbenreich illustrierte Musik wirkt wahrhaft erfrischend. Besonders die lyrischen Stellen des Musikdramas sind von einem Liebreiz und Schmelz, daß selbst der verwöhnteste musikalische Gourmand sein Gemüth befriedigen kann. Keine der Opern der neuesten Zeit hat, abgesehen von Humperdinck's entzückendem „Hänsel und Gretel“ mit seiner Knisper-Knisper-Poesie, so nachhaltig und stark auf uns gewirkt wie Büllner's „Verfuntene Glocke“. Das Sujet zu seiner Oper hat Büllner mit nur unwesentlichen Kürzungen der bekannten, in unserer Blatte bereits gewürdigten Hauptmann'schen Dichtung entnommen. Ein besseres Libretto konnte sich Büllner gar nicht wünschen. Wodurch die Kritik an dem Hauptmann'schen Werke noch so viel auszuheben haben: die Eigenschaft konnte ihm Niemand absprechen, daß es ein Libretto war, wie je kaum eines. Hauptmann aber mag sich freuen, daß sein Werk in die Hände eines ganzen Künstlerzuges gefallen ist, bevor Andere darüber hergezogen sind und es vertort haben. — Das Publikum nahm die Novität sehr freundlich auf. Unter den Darstellern stand in erster Reihe Fräulein Stoll, die das Kautendelein so anmüthig und innig gab, wie der Komponist und auch der Dichter das „elbische Wesen“ sich gedacht haben mögen. Es war eine wunderbar ergreifende Leistung, die in Gesang und Spiel gleich gut war. Ein höchst interessantes, wahrheitsgetreues Charakterbild entwarf Herr Dumas von dem Glockengießer Heinrich. Herr Dumas ist ein Bühnensänger von gutem Schrot und Korn, dem der große dramatische Ton in hohem Grade eigen ist. Sein Glockengießer war mächtig und ergreifend; zu glänzender Höhe erhob sich der Künstler zu Ende des zweiten Aktes, wo der Glockengießer durch Kautendelein zu neuem Leben erwacht und in der Szene, wo ihm die Kinder

mit dem Thranentrüglein erscheinen. Magda, des Glockengießers Frau, war mit Fräulein Küber angemessen besetzt. Herr Dr. Banasch als Pfarrer befriedigte vollumfänglich. Beide Rollen sind zu wenig umfangreich, um Besondere zu bieten. Der Nickelmann des Herrn Gottmayer wirkte vorzüglich in Gesang und Darstellung. Den „Faunischen Waldgeist“, den Waldschrat gab Herr Kunzky in annehmbarer Weise. Weniger gefiel die alte Wittichen der Frau Kerllies. Der Eisenreigen, eine der schönsten und herrlichsten Partien der Oper, wurde von den Damen Breithaupt, Neumann und Bertini anziehend dargestellt. Regie (Herr Kessler) und Dekorationskunst verdienen uneingeschränktes Lob. Das Orchester wurde von Herrn Ohnesorg sicher und schwingungsvoll geleitet.

Hamburg. Am dreizehnten Ziehungstage der 7. Klasse der 316. Hamburger Stadt-Lotterie wurden folgende Nummern mit nachstehenden Hauptgewinnen gezogen:

Nr. 59991 mit 20 000 M. Nr. 37054 60586 84875 103377 mit je 5000 M. Nr. 14996 34294 62693 67574 69263 70092 103296 mit je 3000 M. Nr. 1778 5653 10713 16503 25904 27497 33836 65825 88096 91998 92569 95952 100022 mit je 2000 M. Nr. 2325 3009 4798 6829 9112 14262 18203 20507 21489 23700 27916 29166 30789 39088 41401 42126 44378 58300 59497 62022 63830 65604 69240 70152 73766 75519 76093 78244 77539 78071 80846 81890 82688 83775 87199 91328 92240 95124 95492 98601 103097 109377 112042 mit je 1000 M. (Ohne Gewähr.)

Stierkühn-Viehmarkt.

Hamburg, 15. November

Der Schweinehandel verlief flau.

Zugeführt wurden 850 Stück. Preise: Verlandschweine, schwarz 46—48 M., leicht 47—48 M., Saven 40—44 M. und Ferkel 45—47 M. pr. 100 Pfd.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diezeitigen Besuche, welche im Lüneburger Volksboten erscheinen, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu beziehen.

Statt besonderer Meldung.
Bertha Krippans
Johannes Rubbert
Berlote.

Lüneburg, z. B. Lüneburg.

Am 14. November Abends 9 Uhr ent- schlief sanft nach langem schweren Leiden der Bauarbeiter Aug. Joh. Ernst Niemann Geb. zu Mannhagen, gest. zu Lüneburg im 38. Lebensjahre. Tief beirauert von den Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet am Montag den 20. November, Vormittags 11 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Allgemeinen Gottesackers aus statt.

Zu vermieten eine heizbare Stube Lückowstraße 12.

Logis für junge Leute zu vermieten Glockengießerstraße 16.

Ein Laufbursche außer der Schulzeit per sofort gesucht. Karl Niensch Korbmacher, Engelsgrube 72.

Ein fast neuer Kinderwagen zu verk. Reiserstraße 38.

Befunden 2 Geburtsheime. Alzaboles Unterstraße 36, 3 Tr.

Wäsche wird sauber gewaschen und geplättet Düwelenstraße 8.

G. Lüttmann, Krankenwärter, Marlesgrube 40, 1. St.

Vorzügl. frisch gebrannte Caffees von 80 Pfg. per Pfund an.

Wilh. Bornemann, Marienstraße 10c.

Händlern, Frisuren gebe Cigarren in Commission bei gutem Verdienst.

Bestellungen sub Tr. an die Exped. d. Blatt.

Beste u. billigste Cigarrenquelle ist und bleibt

Trapp, Holstenstr. 28.

Vorteilhafteste Cigarrenquelle: Händler

bei Trapp, Holstenstr. 28.

Da ich mein Wein- u. Spirituosen-Geschäft

wieder persönlich übernommen habe, empfehle ich mich meinen geehrten Kunden und Gönnern auf das Angelegentlichste mit der Erklärung, dass ich mit den besten Qualitäten antworten kann.

Joh. Ehlers 27 Meierstrasse 27.

Das Protokoll

über die Verhandlungen des

Parteitages der Socialdemokr. Partei Deutschl. Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Achtung! Bauarbeiter Achtung!

Oeffentliche Versammlung am Freitag den 17. November

Abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50.

Tages-Ordnung:

1. Die Bestrebungen unserer Organisation und deren Unterdrückungsversuche. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.
2. Stellungnahme zur diesjährigen Lohnfrage.
3. Verschiedenes.

Pflicht sämmtlicher in der Baubranche beschäftigten Bauhilfsarbeiter muß es sein, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Agitationskommission.

Concerthaus Fünfhausen.

Heute Donnerstag den 16. Nov. sowie 17. u. 18. Nov.

Auftreten

der I. Oberbayerischen Concertsänger-, Tänzer- und Singspiel-Gesellschaft

aus Hahlersee und Loischthal.

Director Reichlmaier.

Karten im Vorverkauf à 40 Pfg. bei Herrn Nagel, Cigarrengeschäft, am Markt, sowie im Restaurant „Bayerische Burg“, Schüsselbuden 24.

Curse an der Abendkasse 50 Pfg.

Grosse Auction!

in der

am Freitag den 17. November

Nachmittags 2 Uhr

41 Hundestraße 41

über 1 Kleiderschrank, 1 Leinwandschrank, 2 Commoden, Stühle, diverse Tische, Bettstellen, Betten, 1 Sekretär ferner ein großer Vollen emailirte prima Kochgeschirre und Kessel, ferner Accord- u. Schlagzithern, Kuppelmöbel und Spieltische, Puppen, Herren-Jagdwehen, Mädchenbüchse, Herren-uhren, ff. Cigarren u. v. a. Ger. mehr.

J. C. B. Schmell,

Auctionator und Taxator

Strümpfe

nach Maß, sowie Anwickeln schnellstens in der

Maschinen-Strickerei

von Herm. Hornbogen, Fischstr. 27.

Frau Kismert, Kiefergrube 84.

Guter kräftiger Mittagstisch

von 11 bis 2 Uhr. Abonnementskarte 3 M.

Abendessen von 6 bis 8 Uhr, à Portion 50 Pfg.

Möbel

Käufern empfehle mein wirklich großes neu completirtes Lager dauer- hafter gearbeiteter Möbel

jeder Art. • Complete Musterzimmer • stets vorräthig. Täglich Eintreffen von Neuheiten in Luxus-Artikeln der Möbelbranche aus den bestrenommierten Fabriken. Besichtigung gern gestattet. — Kein Kaufzwang.

Folkers Möbelmagazin Marlesgrube 25.

Aus meiner Hauptcolleete empfehle:

Loose 1. Cl. Lübecker

Ziehung schon am 21. Novbr.

1/2 M. 1.—, 1/4 M. 2.—, 1/8 M. 4.—.

Diese Lotterie besteht aus 53000 halben

Soojen, aber 26500 Gewinnen und ist der

höchste Gewinn i. glücklichst. Fall 500,000 M.

Paul Würzburg

Markt 14. Markt 14.

Die besten Pommerischen Kropf- u. Halbstiefel

bekannt man Marlesgrube 38.

Arbeiter-Messer

empfehle billigst

Diedrich Tesschau, Breitestraße 27.

Neue Ia. Berger Flohmheringe
Neue Magdeb. Salzgurken
Essig, Essigspirit u. Wein-Essig zum Schlachten

in Gebinden jeder Größe empfiehlt
H. L. Wiegels, vorm. J. C. Bunge,
Fischergrube 61.
Essigfabrik.

Wilhelmshöhe.

Sonntag den 19. November:
Verkegeln
von fetten Gänsen u. Karpfen
Hierzu ladet alle Bekannte und Gönner freundlich ein
L. Weiss.

Fuhrwerks-Krug

Befersgrube 93.
Am Dienstag den 21. November:
Auspielen von
fetten Gänsen, Karpfen u. Rauchfleisch
auf einem Zichbillard
wozu freundlich einladet Carl Behrmann.
Anfang 10 Uhr Morgens.

Auspielen

von
fetten Gänsen, Karpfen u. Rauchfleisch
auf einem Zichbillard
am Sonntag den 19. November
im Lokale
„Friedrich-Franz-Halle“.
Anfang Morgens 11 Uhr. Einsatz 50 Pfg.
Hierzu ladet freundlich ein
L. Lübke.

BALLE

der
Unterstützungs-Kasse der
Fuhrleute Lübecks
am Freitag den 17. November
im Lokale des Herrn Borgwardt,
„Central-Hallen“
Anfang 8 Uhr. Ende 4 Uhr.
Eintritt 1 Mark.
Hierzu ladet freundlich ein
Der Vorstand.

Circus Variété

Der neue fünfte Spielplan
unstreitig
das beste und amüsanteste Programm.
Zum Schreien
sind Emil Ritter's weltberühmte
Zwerge.
Donnerden Beifall
erzielen alle 12 unvergleichlichen
Elite-Programmnummern.
Anfang des Concerts 7 1/2 Uhr.

Stadt-Theater.

Freitag:
Mädchentraum.
Aufspiel von Max Bernstein.

Liegt unsere Zukunft „über“ dem Wasser?

Wir wollen heute nicht von Kolonial- und Flottenpolitik reden, nein, eine viel weitgehendere Frage ist es, an welche wir denken. Es ist die Frage: Wird die kapitalistische Gesellschaft zuerst in der alten oder in der neuen Welt in Trümmern gehen? Sehr weit ist ja die Ansicht verbreitet, daß Deutschland das „klassische Land der Sozialdemokratie“ sei, und daß daher in Deutschland oder doch wenigstens in den Hauptkulturstaaten Europas die Sozialdemokratie am ersten zum Siege gelangen werde. In dessen haben sich aber auch schon Stimmen laut gemacht, welche anderer Meinung sind und Amerika als das Land bezeichnen, in dem der Kapitalismus zuerst zusammenbrechen werde. So schreibt F. V. Vogt in seiner Weltgeschichte (Band 5, Seite 451):

„Die Hauptbedingung für die Befreiung des arbeitenden Volkes ist und bleibt der wirtschaftliche Aufschwung, wie er durch die Großproduktion getragen wird. Alle Ideale der Befreiung wirken nur als Impulse, ihre Verwirklichung hängt dagegen stets von den wirtschaftlichen Verhältnissen ab. Alle früheren Versuche zur Befreiung des arbeitenden Volkes, alle Erhebungen der geknechteten Massen mußten fehlschlagen, weil in der festgefühten Klassengesellschaft der europäischen Völker die wirtschaftliche Unterlage für die Befreiung der Knechteten fehlte. Europa war viel zu arm, der Kleinbetrieb viel zu ungenügend, um die Gesamtbevölkerung auch nur entfernt auf einem gleichmäßigen Kulturniveau zu halten. Heute erst hat die Großproduktion Mittel und Wege geschaffen, allen Menschen in gleicher Weise die Güter der Kultur zugänglich zu machen, wenn nur erst die Schranken der Klassengesellschaft gebrochen sind. Und dieses Bemühen ist es, das der heutigen proletarischen Bewegung ihre naturwüchsige und unbezwingbare Kraft verleiht. Aber der siegreiche Kampf des Proletariats kann nur in einem Lande aufgenommen werden, das abgesehen von dem erforderlichen demokratischen Milieu sich im wirtschaftlichen Aufschwunge befindet. Dieses Land ist u. u. Amerika, das mit seinen unermeßlichen Hilfsquellen und seiner außerordentlichen Aufnahmefähigkeit von Menschenmaterial dem Kapital eine unbegrenzte Accumulationsfähigkeit eröffnet und vorläufig ist alle weitere Entwicklungsfähigkeit ausschließlich an die Macht des Kapitals geknüpft.“

An diesen Satz wurden wir erinnert, als wir nachstehenden Artikel in der „Leipz. Volksztg.“ über die Wirksamkeit der Kartelle lasen:

Nichts beherrscht in dem Maße die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten seit einer Reihe von Jahren, wie das Problem der Unternehmerkartelle. Das Wachstum dieser Gebilde des Großkapitalismus in der letzten Zeit ist auch in Amerika so überraschend schnell, daß es kein Wunder ist, wenn das Publikum erschrocken zu Untersuchungen, Kommissionen und allerlei Plänen der Abhilfe greift. Laut Berechnungen soll bereits ein Sechstel, nach anderen Behauptungen sogar ein ganzes Viertel der gesamten gewerblichen Produktion der Vereinigten Staaten unter der Botmäßigkeit der Kartellwirtschaft stehen. Und Kenner der einschlägigen Verhältnisse behaupten, daß in kurzer Frist kein einziger Produktionszweig von ihr verschont bleiben, in dem ganzen gewerblichen Leben Nordamerikas also die Herrschaft des Monopols an Stelle der freien Konkurrenz treten werde.

Dieser Entwicklung der Dinge stehen Gesellschaft und Staat machtlos gegenüber. Die zahlreichen Kommissionen zur Untersuchung der Trusts (Kartelle), die heftigen Pamphlete für und wider, der gesetzliche Krieg gegen sie sind bekannt. Ebenso bekannt ist der vollständige Mißerfolg aller dieser Maßnahmen gegen die Unternehmerverbände. Nach dem sie 1890 durch die Gerichte in New-York gesetzlich verboten worden waren, haben sie sich formell in „Gesellschaften“ verwandelt und sind in der neuen Form und altem Wesen für die gerichtliche Verfolgung nun unerschütterlich.

Trotzdem oder vielmehr gerade deshalb dauert die lebhafteste Erörterung der Kartellfrage in den Vereinigten Staaten fort, und neulich veröffentlichte der Professor an dem landwirtschaftlichen Kollegium im Staate Kansas, Ed. W. Bewick, in dem New-Yorker Journal of Commerce and Commercial Bulletin (Handelsblatt und Bulletin) einen interessanten Artikel zu der Frage.

Vor allem wägt er nach typisch kleinbürgerlichem Verfahren, vorwiegend die meisten Forscher in Nordamerika, die Vortheile der Unternehmerorganisationen gegen ihre Nachteile ab. Unter den letzteren spielen natürlich die wirtschaftliche Allmacht der vereinigten Kapitalisten auf dem Markt gegenüber dem konsumierenden Publikum und ihre politische Allmacht im Staate, die sich durch ein weitläufiges System der politischen und publizistischen Korruption durchsetzt, die Hauptrolle. Dann schreitet Bemick zur Kritik aller bisher vorgeschlagenen Abhilfsmittel gegen die Kartellwirtschaft.

Die Hoffnung verschiedener, die Kartelle würden, wie so manche unter ihnen, nach einer Periode der Blüthe nachher von selbst in die Brüche gehen, sei grundlos, denn an Stelle jedes auseinanderfallenden existierenden zehn neue Start-Ue, die gar nicht Miene machten, vor der Erdoberfläche zu verschwinden. Die Vernichtung der Kartelle durch gesetzliches und gerichtliches Vorgehen habe sich als fruchtlos erwiesen. Die gesetzliche Kontrolle und Beschränkung der Kartellwirtschaft, wie sie z. B. der belgie Kenner der Frage, der amerikanische Professor Jenks, vorgeschlagen habe, sei an sich vorzüglich, aber leider in der Praxis undurchführbar. Die vorgeschlagene Aufhebung des Schutzsystems würde bei weitem nicht alle Unternehmerverbände treffen. Die Reform des Eisenbahnwesens, das gegenwärtig die Hauptstütze der Trusts bildet, sei eine große und schwierige Aufgabe für den Staat.

Endlich erwähnt Bemick als letztes Mittel im Kampfe gegen die Kartelle — und dies ist das interessanteste — eine allgemeine Verstaatlichung der Produktionsmittel. „Es giebt“, sagt er, „eine große Anzahl intelligenter Leute, wenn es auch erst noch die Minderheit ist, die der Ansicht sind, daß in letzter Linie das einzige Mittel eines wirksamen Vorgehens gegen die Trusts darin bestehe, daß die gesammte Gesellschaft sich ihnen entziehe und zwar durch den Staat; dieser würde die Petroleum-Raffinerien, die Zündhölzchenfabriken, die Anthracitgruben, die Kohlengruben und anderes in Besitz nehmen und betreiben, die Erzeugnisse in Magazinen zum Verkauf bringen und so weiter.“

Es ist dick, wie man sieht, ein verzerrter und durch die kleinbürgerliche Brille gelesener Plan der sozialistischen Wirtschaft. Selbstverständlich liegt dem braven Professor von Kansas und seinen Gesinnungsgenossen, die sich mit der Frage der Kartelle herumschlagen, nichts ferner, als sozialistische Bestrebungen. Sind doch selbst die Ar-

beitermassen in den Vereinigten Staaten erst sehr schwach vom Sozialismus ergriffen. Aber gerade deshalb ist die Richtung, in der die kartellfeindlichen Kreise des mittleren und kleinen Bürgerthums ein Abhilfsmittel gegen die wirtschaftliche und politische Allmacht des Großkapitals suchen, bemerkenswerth. Das Ergebnis, zu dem der bisherige Krieg mit den Unternehmerverbänden geführt hat, ist: alle innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft und des kapitalistischen Staates probirten Mittel gegen die Entwicklung der Kartelle sind nutzlos; will man ihnen wirksam begegnen, so muß man über die heutige Wirtschaftsform, über das System der privatkapitalistischen Produktionsweise hinausgehen und der monovalentigen Wirtschaft des Großkapitals eine planmäßige Wirtschaft durch die ganze Gesellschaft entgegenstellen. Daß diese Erkenntniß sogar den bürgerlichen Kreisen selbst in steigendem Maße eingepaßt wird, ist für die sozialistische Arbeiterbewegung von doppelter Tragweite.

Es ist eine neue Bestätigung der Wahrheit der sozialistischen Lehre und der Unvermeidlichkeit ihrer Verwirklichung. Es zeigte sich wiederum, daß wer immer radikal die Schäden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung beheben will, ganz unbewußt mit zwingender Logik zur Abschaffung dieser Wirtschaftsordnung selbst, zur Umgestaltung der Produktion auf neuer Grundlage der gesellschaftlichen Planmäßigkeit geführt wird.

Zweitens aber haben wir hier auch einen praktischen Fingerzeig, daß die Entwicklung der Kartellwirtschaft unvermeidlich das von ihr zermalmte Kleinbürgerthum in hellen Schaaren in das sozialistische Lager der Arbeiterklasse treiben muß. Was heute eine verworrene und verzerrte Vorstellung der kartellfeindlichen Literaten, Professoren und Juristen, muß, sobald die Unternehmerverbände ihre Wirkung erst in deutlicherer Weise gezeigt haben, und die sozialistische Arbeiterschaft auf der anderen Seite in Amerika eine Macht geworden ist, zur kartellfeindlichen politischen und sozialen Besinnung und Aktion der kleinbürgerlichen Masse werden.

Man hat in letzterer Zeit wiederholt die Verbreitung der Kartelle als ein mögliches Hinderniß zum Siege der sozialistischen Bestrebungen hingestellt. Wir wissen nicht, und kein Mensch kann es heute voraussagen, ob die Kartelle zu einer allgemein verbreiteten Einrichtung, namentlich auf unserem Festlande, werden oder nicht. Jedenfalls, das können wir mit Bestimmtheit sagen: Sollte je die Kartellwirtschaft zum internationalen Uebel werden, dann wird sie nicht ein Hinderniß für den Sozialismus, sondern eine Geißel sein, die alle Opfer des siegreichen Vormarsches des Kapitals in die Arme des Sozialismus peitschen und die Gezeigten innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft so auf die Spitze treiben wird, daß sie die sozialistische Umwälzung als die einzige Erlösung aus der Pein der Kapitalherrschaft begrüßen wird.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Der Ausstand der Kesselschmiede bei der Firma Siller u. Jamart in Barren ist nach eintägiger Dauer durch gütliche Vereinbarungen beigelegt und die Arbeit wieder aufgenommen worden. — Der Vorsitzende des Fachvereins der Schuhmacher in Kopenhagen wartet die Kollegen vor dem Zuzug nach Kopenhagen. Zu der letzten Zeit ist der Zuzug aus Dänemark und aus dem Auslande sehr stark gewesen, ohne daß ein Bedürfniß nach neuen Arbeitskräften bestände. Die Kopenhagener Schuhfabriken und Schuhmacher-

nicht eintreten, Hommes?“ Er stieß die Thür auf und rief laut: „Wespa, Wespa!“

Hommes schüttelte treuherzig Neldas Hand. „Adieu, Fräulein Nelda! Ne, ich will net herein kommen, Sie sehen müd' aus; aber ich komme gern an andermal. Gehen Sie herein, Sie werden kalt! Sie müssen sich erst wieder bei uns gewöhnen; geben Sie Dhacht!“

Nelda konnte nicht umhin, zu lächeln; der Mensch redete väterlich besorgt und sie kannte ihn doch eigentlich gar nicht. Sie sagte freundlich: „Ich danke“ und nickte dazu.

In Ausflur roch es nach frischem Kuchen — ach, auch eine Kindheits Erinnerung, immer noch es so, wenn man beim Dunkel ankam — aber jetzt war ihr der Geruch ordentlich peinvoll, sie war so überlastet und hatte heute doch kaum etwas gegessen. Am liebsten hätte sie geweint. Hier war alles noch wie früher, sie fühlte sich geborgen und doch fremd. Da war der schmale Ziegelfuß, die niedrige Stubenthür, die hölzerne Stiege, das Mädchen in der Küche; alles wie immer!

„Guten Dag, Fräulein, sein Sie willkommen in unsre Eifel!“

Nelda schreckte ordentlich zusammen, vor ihr stand ein üppiges Mädchen mit einem bräunlichen Gesicht und dunklen Augen, aus denen unverhohlene Lebenslust sprühte.

„Das ist meine Wespa!“

Des brannen Mädchens Lippen theilten sich über den bligenden Zähnen, die Augen lachten mit, sie strahlten den Bürgermeister an.

Dieser nickte ihr zu, nahm dann der Rechte Hand und zog sie in die Stube. „Kommt, trink' jetzt Kaffee, Kind, und ruh' dich aus! Die Wespa ist ein Schatz, alles kann sie. Du mußt sie nicht grad' wie eine Magd behandeln, sie ist doch mehr. Sie hat nicht Vater und Mutter; drüben aus Meerfeld ist sie, wild aufgeschossen, ein Gemeindkind — nun ist sie bei mir fast wie zu Haus. Wenn man alt ist und so viel allein wie ich, muß man was Lebendiges um sich haben.“

So, nun seh' dich hierher an den Ofen und probir' mal den Kuchen, die Wespa hat ihn gebacken — ja, weißt du, die ist so eine Artatur, das thut wahrhaftig wohl; ich hab' sie mir eingezähmt. Hör' nur, wie sie singt!“

Aus der Küche drang eine helle Stimme.

„Aber du bist kalt, Nelda; du bist nicht?“

Nelda hatte erschöpft den Kopf an die Stuhllehne sinken lassen, sie schloß die Augen; sie mochte nicht essen noch trinken, sie fühlte sich sehr angegriffen.

Der Gesang draußen in der Küche that ihr weh. Es wirkte ihr alles durcheinander, sie stieß einen lauten Seufzer aus und wurde todtenbleich. Der Bürgermeister beugte sich erschrocken über sie, dann riß er die Thür auf. „Wespa, Wespa, schnell!“

Wie der Blitz war das Mädchen da; ein Blick genügte, ein Wink. Ohne viel zu fragen, nahm sie Neldas Kopf in die Arme. „Schnaps“, sagte sie kurz. Gehorsam hastete Dallmer zum Wandschrank und brachte ein Gläschen voll Kirschbranntwein. Wespa goß der Ohnmächtigen einen Theil hinunter, mit dem Rest rieb sie ihr die Schläfen. Langsam fühlte Nelda die tödtliche Erstarrung von sich weichen, mit Gewalt richtete sie sich auf.

„Berzeih, Dunkel — so was — ist mir — noch nie — passiert —!“ Ihre blaffen Lippen konnten kaum die Worte formen.

Dallmer war sehr besorgt. Das war ja ein hübscher Zustand, also so weit hatten sie das frische Mädchen gebracht?! Ein wüthender Born überkam ihn, er hätte am liebsten auf den Tisch geschlagen — diese vermaledeite Geschichte, von der Joseph geschrieben! Das kam alles von der verkehrten Erziehung; wenn man den Gaul ewig eingespant hält, schlägt er mal über die Stränge, und dann ist das Unglück fertig.

Mitleidig ruhte sein Blick auf Nelda, sie hatte die Augen jetzt geöffnet, aber mit einem starren, abwesenden Ausdrück. Wespa kniete vor ihr am Boden, hatte ihr die Schuhe abge-

Rheinlandstöchter.

Roman von Clara Viebig.

29. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Hinter ihnen trappsten kräftige Schritte; Nelda sah sich um. Der junge Mann von der Post kam eilig heran, er trug ihren schweren Koffer, als sei das gar nichts. Keine Muskel war angespannt, das gleiche bräunliche Roth deckte die Wangen und die Stirn unter den Haarringeln. Ueber das ganze Gesicht lachend, ließ er das Gepäckstück vor der Thür niedergleiten. „So, nur hat das Fräulein den Koffer!“

„Aber, Heinrich, jetzt haben Sie selbst den Koffer getragen, das war doch nicht nöthig! Danke!“ Der Bürgermeister klopfte dem jungen Menschen auf die Schulter. „Das ist auch einer von den wenigen Getreuen, hat sich schon drauhen in der Welt umgesehen und ein Dautschen Aufklärung mitgebracht. Danke sehr, Heinrich!“

„Mir zu danken, Herr Bürgermeister, gern geschehen. Das Fräulein kennt mich wohl net mehr?“ Er blinzelte Nelda mit den hübschen Augen erwartungsvoll an. Sie wurde aufmerksam, dunkel stieg die Erinnerung an einen Knaben auf, mit dem sie in der Kinderzeit hier viel gespielt. Ein paar Jahre älter als sie, hatte er sie allezeit beschützt. Dann kamen Jahre, in denen sie nichts mehr von ihm gesehen, er war ihr gänzlich entschwunden. Sollte der stattliche Mensch der Junge von damals sein? Sie hob die müden Augen und sah ihn an; es war ihr eigentlich recht gleichgültig, wer da vor ihr stand.

„Es ist Heinrich Hommes, Nelda,“ sagte der Dunkel. „Kennst ihn wohl gar nicht mehr? Hat sich inzwischen drauhen umgesehen, war erst in Trier, dann in Belgien. Jetzt hat er die Wirtschaft von seinem Vater übernommen. Ein ganzer Kerl, verblendet den Wanderscheider Mädchen die Augen. Haha!“ Er lachte bröhnend. „Wollen Sie

